



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- angenommen
 geändert angenommen
 abgelehnt
 verwiesen an: _____

0.02

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand, LAK
 Bildungspolitik, Konstantin Kuhle

Niedersachsens Bildungssystem zukunftsfähig gestalten Kernforderungen jungliberaler Bildungspolitik

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen hat beschlossen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen die intensive Debatte in der FDP Niedersachsen zur Bildungspolitik. Die grundsätzliche Positionierung der Partei bei diesem zentralen landespolitischen Thema ist überfällig. Zudem hat sich die FDP in der Vergangenheit in der Bildungspolitik nicht ausreichend vom Koalitionspartner CDU abgesetzt.

1. Frühkindliche Bildung

Für die Jungen Liberalen Niedersachsen beginnt Bildung in der Familie und in den Betreuungseinrichtungen. Dabei spielen einerseits die Entscheidungsfreiheit der Familie für oder gegen eine externe Betreuung und andererseits die Chancengerechtigkeit zwischen Kindern die entscheidende Rolle.

In diesem Zusammenhang begrüßen die Jungen Liberalen Niedersachsen die Vorschläge der FDP Niedersachsen in Bezug auf die Verbesserung der Qualität frühkindlicher Bildung durch eine Verzahnung der Ausbildung von Grundschullehrkräften und Erziehern sowie durch zusätzliche Ausbildungsvoraussetzungen für Erzieher.

Die bestehenden Modellversuche einer Umstellung der Finanzierung frühkindlicher Bildung auf ein Gutscheinsystem müssen flächendeckend ausgeweitet werden. Das Gutscheinsystem ist Herzstück liberaler Bildungspolitik im frühkindlichen Bereich und muss von der FDP entsprechend kommuniziert werden. Auch der Vorschlag, die Modellversuche der Brückenjahre zwischen Kindergarten und Grundschule entsprechend auszuweiten, findet die Zustimmung der Jungen Liberalen Niedersachsen. Dazu gehört auch die Ausweitung flächendeckender Sprachstandsfeststellungen von Kindern im Vorschulbereich.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich im Rahmen eines Gutscheinsystems für einen Rechtsanspruch auf kostenlose Kinderbetreuung ab Geburt ein. Die vereinbarte Beitragsbefreiung für Kindergärten im ersten und zweiten Jahr darf jedoch kein Lippenbekenntnis sein, sondern muss so schnell wie möglich umgesetzt werden.

2. Schule

Im schulpolitischen Bereich begrüßen die Jungen Liberalen Niedersachsen die weitere Abkehr der FDP Niedersachsen von ideologischen Strukturdebatten. Dem Konzept der verpflichtenden Einheitsschule von SPD, Grünen und Linken steht auf der Seite der CDU das unbedingte Festhalten am Dreigliedrigen Schulsystem gegenüber.

Einzig die Liberalen sind vom Wettbewerb zwischen verschiedenen Systemen und Schulangeboten überzeugt und haben, insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, die Notwendigkeit eines vielfältigen Schulsystems erkannt. Dazu

48 gehören außer der Grundschule Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien sowie
49 Berufsbildende Schulen und Förderschulen. Zusätzlich stellen Kooperative und Integrative
50 Gesamtschule eine sinnvolle und wertvolle Ergänzung der Schullandschaft dar. Dass die FDP
51 Niedersachsen kein grundsätzlicher Gegner von Gesamtschulen ist, muss von der Partei in der
52 Öffentlichkeit offensiv vertreten werden.

53
54 Die Jungen Liberalen Niedersachsen rufen die FDP auf, auch im Bereich der Schulorganisation
55 den Weg zu mehr Wettbewerb und Autonomie weiter zu gehen. Auf dem Weg zur Freien
56 Schule ist die Einführung der Eigenverantwortlichen Schule in Niedersachsen ein wichtiger
57 Meilenstein. Dazu ist es insbesondere notwendig,

- 58 • den Schulen die Möglichkeit zu geben, eigenverantwortlich Schwerpunkte zu bilden
59 und ihnen diese nicht politisch zu verordnen,
- 60 • den Schulen endlich die volle Hoheit über ihr Budget und ihr Personal zu überlassen
61 und in diesem Zuge die Verbeamtung der Lehrkräfte nicht mehr fortzusetzen,
- 62 • die Schulen auch finanziell in die Lage zu versetzen, eigene Ganztagsangebote zu
63 schaffen,
- 64 • ein effektives Qualitätsmanagement-System mit unangekündigten Kontrollen
65 aufzubauen und hierfür die erforderlichen Personalressourcen zur Verfügung zu
66 stellen.

67
68 Als kurzfristige Schritte zur Verbesserung der Situation im bestehenden Schulsystem soll

- 69 • das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht-behinderten Schülern gefördert
70 werden, anstatt Behinderte vorschnell auf Förderschulen zu schicken,
- 71 • die Klassenstärke in Eigenverantwortlichkeit der Schulen festgelegt werden,
- 72 • das System der Kopfnote abgeschafft werden,
- 73 • mehr Wahlfreiheit für die Schüler in der gymnasialen Oberstufe eingeführt werden.

74
75 Das Problem unzureichender Unterrichtsversorgung ist von der Landesregierung noch nicht
76 ausreichend beantwortet worden. Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern, dass das Land
77 mit den Universitäten Zielvereinbarungen über die Ausbildung von Lehrkräften in
78 Mangelfächern schließen kann.

79
80 Eine Festlegung darauf, die Bildungsausgaben nicht zu erhöhen, lehnen die Jungen Liberalen
81 Niedersachsen ab. Bildungsausgaben sind gegenüber anderen Ausgaben zu privilegieren.

82
83

84 3. Hochschule

85

86 Die derzeitigen Studierendenproteste in ganz Deutschland verdeutlichen den Reformbedarf im
87 Bereich der Hochschulen. Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die FDP auf, bestehende
88 Probleme offen anzusprechen und diesen offensiver zu begegnen. So ist festzustellen, dass das
89 bestehende statische System der Studienbeiträge in Niedersachsen viele Unwägbarkeiten mit
90 sich bringt, dass der Bologna-Prozess unzureichend umgesetzt wird und das Hochschulsystem
91 insgesamt zu bürokratisch ist. Studierende werden als Bittsteller gesehen und auch oft so
92 behandelt. Außerdem hält die bestehende Studienbeitrags-Regelung nach wie vor Kinder aus
93 sozial schwächeren Familie vom Studium ab.

94
95 Daher ist es notwendig, dass

- 96 • die Hochschulen autonom über die Erhebung und die Höhe nachgelagerter
97 Studienbeiträge entscheiden können,
- 98 • bestehende Stipendien- und Kreditmöglichkeiten ausgebaut und entbürokratisiert
99 werden und ein landeseigenes Stipendienprogramm aufgelegt wird,
- 100 • die Politik auf eine höhere Akzeptanz des Bologna-Prozesses einwirkt, indem die
101 Möglichkeiten zum Universitätswechsel innerhalb Deutschlands und Europas
102 verbessert werden und Bachelor-Absolventen in Wirtschaft und Verwaltung

103 realistische Berufsperspektiven bekommen. Bachelor-Studiengänge dürfen nicht
104 einfach verkürzte und geraffte Magister- oder Diplom-Studiengänge sein. Vielmehr
105 müssen sie sinnvoll strukturiert sein, und das Studienpensum muss in der
106 vorgesehenen Regelstudienzeit zu schaffen sein,

- 107 • den Universitäten die Möglichkeit einer Veränderung der Regelstudienzeit des
108 Bachelors und Masters gegeben wird,
- 109 • die Verschulung der universitären Bildung aufhört. Anwesenheitslisten und stumpfe
110 Leistungsabfrage fördern nicht die Qualität, sondern entmündigen die Studenten.

111

112

113 Begründung:

114 Erfolgt mündlich.